



04.11.2019

## **Frauen vor häuslicher Gewalt bewahren: CDU erbittet städtisches Konzept zur Schutzraumsuche**

Es ist ein Thema, das oft vernachlässigt wird oder gar nicht bekannt ist: häusliche Gewalt gegen Frauen und/oder Kinder.

Um Betroffenen eine Lösungsmöglichkeit zu bieten, aus den eigenen vier Wänden zu entfliehen und im Fall der Fälle sicheren Schutz zu erhalten, hat unser Ratsmitglied Maximilian Hobohm in der letzten Stadtratssitzung mit nachfolgendem Redebeitrag um eine städtische Konzepterarbeitung gebeten, die bei allen Fraktionen auf Zustimmung stieß.

### **Redebeitrag Maximilian Hobohm, 04.11.19:**

"In einem Gespräch mit Mitarbeitenden von Opferverbänden wurde mir mitgeteilt, dass in Alzey die Anzahl von Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden, in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

So ist die Zahl der Beratungen von Opfern von häuslicher Gewalt bei der Beratungsstelle der Diakonie in Alzey im letzten Jahr um 35 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Aus dem vergangenen Jahr sind außerdem 12 Fälle bekannt, in denen Frauen aus Alzey, teilweise mit ihren Kindern, in ein Frauenhaus vermittelt werden mussten.

Es sind auch Fälle bekannt, in denen die Frauenhäuser in den umliegenden Kreisstädten überbelegt waren und Frauen somit sprichwörtlich auf der Straße in Alzey gestanden haben.

Alle Kreisstädte um uns herum unterhalten Einrichtungen, die Frauen in diesen konkreten Situationen Schutz bieten. Aber selbst wenn es gelingt, den betroffenen Frauen Unterkunft in den Einrichtungen anderer Kreisstädte zu besorgen, ist dies insbesondere für die Kinder dieser Frauen mit einer

besonderen Härte verbunden, da sie dadurch daran gehindert sind, ihre Schulen oder Kindergärten in Alzey weiter zu besuchen. Viele dieser betroffenen Frauen sind durch den Umzug in eine andere Kreisstadt auch dazu gezwungen, ihre Arbeitsstelle aufzugeben.

Auch andere Ratsmitglieder haben sich seit einigen Monaten mit dem Thema auseinandergesetzt. Daher würde ich mich sehr darüber freuen, wenn es uns fraktionsübergreifend

gelingen würde, ein Konzept zu entwickeln, das den soeben beschriebenen Problemen Abhilfe schafft und dieses Thema nicht zur parteipolitischen Profilierung genutzt wird.

Zunächst ersuche ich daher die Stadtverwaltung bis zur kommenden Sitzung erste Lösungsansätze vorzustellen, die dann im Stadtrat gemeinsam beraten werden können.

So könnte ich mir zum Beispiel vorstellen, dass die Stadt aus dem städtischen Immobilienbestand für derartige Notfälle eine Zufluchtswohnung zur Verfügung stellt. Die Opferverbände Weisser Ring und das Diakonische Werk sind nach meinem Kenntnisstand dazu bereit, die Stadt hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Zudem weise ich darauf hin, dass die Bundesfamilienministerin die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder zu ihrem Schwerpunkt gemacht hat. So beabsichtigt das Bundesfamilienministerium, im Jahr 2020 30 Millionen € an Fördergeld für den Ausbau von Schutzräumen für Frauen und Kinder zur Verfügung zu stellen.

Ich freue mich auf entsprechende Vorschläge der Stadtverwaltung in der nächsten Ratssitzung."